

## Aggiornamento

Alles, was die heftigen Diskussionen der letzten Wochen ausgelöst hat, hat mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil zu tun. Seine fundamentale Missachtung gab den Ausschlag zur Abspaltung. Das Wirken der Piusbrüder richtet sich gegen alles, was das Konzil brachte: Öffnung zur modernen Welt, Aggiornamento, Ablehnung jeder Form von Rassismus und Antisemitismus, Religionsfreiheit, Anerkennung der Menschenrechte, Ökumene, Liturgiereform, nicht zuletzt ein neues Verständnis von Kirche als Volk Gottes, die Kollegialität der Bischöfe und ein völlig neues Bewusstsein von der Beteiligung der Laien am Welt- und Heildienst der Kirche.

Wo kämen wir hin, wenn das epochemachende Ereignis 50 Jahre später in Frage gestellt werden dürfte?

Doch so wichtig das Konzil ist: Die dankbare Erinnerung darf nicht dazu führen, dass wir zu einer ständig zurückblickenden Kirche werden. Wer sich immerfort und ausschließlich seiner Grundlage versichert, kommt keinen Schritt vorwärts. Es ist auch für jüngere Leute nicht attraktiv, mit großen Emotionen in die 60er Jahre zurückzuschauen. Das Erbe, die Intention, der Geist des Konzils müssen vielmehr entschlossen weitergeführt werden. Wir brauchen einen Fortschritt im konkreten Kirchesein, ein immer neues Aggiornamento, eine Inspiration aus dem Konzil für nächste Schritte zur Kollegialität der Bischöfe, für die anstehenden und laufenden Strukturreformen, für die Verwirklichung des Auftrags aller Katholiken, bei der Gestaltung einer humaneren, gerechteren Welt "Salz der Erde" zu sein.

Darüber zu diskutieren lohnt sich. Darum streuen wir diese SALZkörner.

Stefan Vesper

15. Jg. Nr. 1 27. Februar 2009

## Inhalt

### Ehrenamt als christlicher Dienst am Nächsten"

Chance und Verpflichtung

Hans Joachim Meyer 2

### Pastoral in der Weite des politischen Raumes

Weg der Kirche in die Gegenwartswelt

Andreas Lob-Hüdepohl 4

### Teilhabe ermöglichen

Das Konzept des Deutschen

Caritasverbandes zur Bekämpfung von Kinderarmut

Peter Neher 6

### Frauen in ihrer Einzigartigkeit stärken

Familienpolitische Eckpunkte der kfd

Gislinde Fischer-Köhler 8

### Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

Herausforderungen durch die

Finanzmarkt-Krise

Christoph Berndorff 10

### Gendiagnostikgesetz nachbessern

12

## Ehrenamt als christlicher Dienst am Nächsten"

### Chance und Verpflichtung

**"UM GOITTES WILLEN? Wir engagieren uns" unter diesem Motto fand am letzten Wochenende im Januar in Köln eine gemeinsam vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Evangelischen Kirche in Deutschland getragene Tagung statt. Warum veranstalten katholische und evangelische Christen eine Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft? Ist das nicht ein Thema, das alle Bürger angeht – auch jene mit einer anderen religiösen Überzeugung oder mit einer nichtreligiösen Einstellung?**

Selbstverständlich geht das Ehrenamt alle an – jedenfalls alle, die sich ihrer Verantwortung für ihre Mitmenschen und für das gemeinsame Wohl der gesamten Gesellschaft bewusst sind und entsprechend handeln wollen. Und die Sache, für die wir gemeinsam verantwortlich sind, ist nicht nur der Staat, also die res publica im engeren Sinne, sondern das sind alle Bereiche unserer freiheitlichen Gesellschaft, wo Menschen in Beziehung treten und für ein gutes Leben aller aufeinander angewiesen sind.

### Durch die Freiheit verpflichtet

Das Grundgesetz beginnt mit einem Bekenntnis zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Ein solches Bekenntnis ist in einer Verfassungsurkunde nur sinnvoll, wenn sie eine Verpflichtung begründet in Bezug auf unser Verhalten gegenüber anderen. Diese Verpflichtung bettet die persönliche Freiheit ein in die gemeinsame Freiheit aller, wie es ja auch in der Realität, jedenfalls für die allermeisten Menschen, persönliche Freiheit nur im Rahmen der gemeinsamen Freiheitsordnung geben kann. Unsere Freiheit – die eigene wie die gemeinsame – lebt von den Werten, die uns wichtig sind und die unser Leben mit anderen bestimmen. Freiheit gibt unseren Überzeugungen Raum und lebt von diesen Überzeugungen. Gewiss kann das gemeinsame Leben in Freiheit nur dann gelingen, wenn wir uns auf einen Grundkonsens im Werteverständnis verständ-

igen, aber das ersetzt unsere je eigenen ideellen und ethischen Quellen nicht durch einen einzigen gleichfarbenen Fluss. Im Gegenteil: Nur wenn die je eigenen Quellen weiter kräftig sprudeln, wird auch der die Quellen verbindende Fluss nicht versiegen. Der gesellschaftliche Grundkonsens wird ständig debattiert und verändert. Er lebt nur aus der inneren Kraft und dem Handeln jener, die sich aus ihrer eigenen Überzeugung heraus für ihre Mitmenschen und für das Gemeinwohl engagieren.

### Dem Vorbild Christi folgend

Was kann, was sollte ein christliches Motiv für das ehrenamtliche Engagement sein? Wir leben in einer stark individualistisch geprägten Gesellschaft. Ja, man kann sogar die Behauptung hören, dieser Individualismus würde sich immer weiter entwickeln. Und in der Tat beobachten wir Tendenzen zu kulturellen und sozialen Parallelgesellschaften und zur gesellschaftlichen Atomisierung. Für nicht wenige Menschen führt dies zum sozialen und kulturellen Ausschluss, zur Verarmung und zur Hoffnungslosigkeit. Da sind wir Christen in besonderer Weise herausgefordert, uns mit anderen Menschen zu verbinden und den Blick von uns weg auf das gemeinsame Wohl zu richten. Diese Zuwendung hat für uns ein konkretes Vorbild in Jesus Christus und seiner Frohen Botschaft. In dieser von vielerlei Kräften bewegten Gesellschaft müssen wir Christen die Selbstverständlichkeit des mitmenschlichen Füreinanders und des gesellschaftlichen Miteinanders vorleben und dafür eintreten. Dabei sind uns als Partner auch alle willkommen, die sich aus anderen Gründen als wir für ihre Mitmenschen einsetzen und die Freude am Gemeinsamen befördern. Jedes bürgerschaftliche Handeln, das sich der Menschenwürde und der Freiheit verpflichtet weiß, ist eine geistige Quelle unserer Demokratie. Es stärkt unsere demokratische Gesinnung und ist eine praktische Übung in Demokratie.

### Von Verschiedenheit anregen lassen

Christen ist das ehrenamtliche Engagement in der Kirche und das ehrenamtliche Engagement in der Gesellschaft gleich wichtig. Beides gehört für uns zusammen. Die Kirche ist für uns der Ort, wo Menschen in Christus zusammenfinden und eine Gemeinschaft begründen, die sich nicht gegen andere verschließt. Im Leben der Kirche erfahren wir

eine sich immer wieder erneuernde Aufforderung und Einladung, für das Gemeinsame in Kirche und Gesellschaft tätig zu werden. Zugleich wissen katholische und evangelische Christen um die Verschiedenheit ihrer Institutionen und Traditionen, wie zum Beispiel das unterschiedliche Gewicht von Verbänden und die je eigene Beziehung von Laienbewegung und verfasster Kirche. Der besondere Charme von Ökumene besteht jedoch gerade darin, sich von dieser Verschiedenheit anregen zu lassen und sie als gemeinsamen Reichtum zu schätzen. Die Erfahrungen von Christen aus ihrem ehrenamtlichen Engagement werden auch fruchtbar sein für das große Thema der gesellschaftlichen Verantwortung des Christen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, dem sich 2010 in München der 2. Ökumenische Kirchentag stellen wird.

Ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch über das Ehrenamt erweist gemeinsame Gründe, die uns dazu motivieren, aber auch Sorgen um dessen Zukunft. Die gemeinsamen Beweggründe bestätigen und ermutigen uns in unserem Tun. Zugleich zeigen sie anderen, warum wir uns in Kirche und Gesellschaft engagieren. So können wir auch hoffen, ein gutes Beispiel zu geben. Aber wir müssen ebenso darüber nachdenken und uns austauschen, was uns Sorgen bereitet. Zwei Fragen sind es, die nach meinem Eindruck nicht wenige von jenen bewegen, die sich bürgerschaftlich engagieren – sei es in der Kirche oder in der Gesellschaft, sei es als Christ oder aus einer anderen Überzeugung heraus.

### **Herausforderung Generationenwechsel**

Die erste Frage ist: Wie gelingt uns im ehrenamtlichen Engagement der Übergang von einer Generation zur nächst folgenden Generation. Der Erfolg jedes gemeinsamen Handelns hängt vom Miteinander der Generationen ab. Aus dem Miteinander erwächst dann das Nacheinander, also der Wechsel der Verantwortung von den Älteren zu den Jüngeren. Gewiss sind heute die Älteren oft länger im ehrenamtlichen Engagement als früher, was den Wechsel einerseits erleichtert, andererseits aber auch erschwert. Denn in Verantwortung muss sich die nachfolgende Generation einarbeiten und an Verantwortung muss sie sich gewöhnen. Dabei ist es ganz unvermeidlich, dass der Wechsel in der Verantwortung begleitet ist

von einem Wechsel in den Einstellungen und Arbeitsformen. Die ältere Generation muss vorleben und einführen, die jüngere Generation muss übernehmen und weiter entwickeln oder auch ändern. Wichtig ist, dass die Grundhaltungen weiter getragen werden, und das sind: Der Einsatz um der anderen und um des Gemeinwohls willen, sowie die Verlässlichkeit und Ausdauer im Handeln. Ich sehe viel Bereitschaft und guten Willen bei jungen Menschen, selbst den Stab des Bewährten zu übernehmen und neue Aufgaben zu entdecken. Die ältere Generation ist aber den Jüngeren die Wahrheit schuldig, die wir schon im Alten Testament über das Leben schlechthin lesen: Ist es köstlich gewesen, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen. Heute höre ich zu oft, das, was man tut, müsse auch Spaß machen. Gewiss macht bürgerschaftliches Engagement auch Freude. Aber es ist die Freude am Erfolg durch Anstrengung und Ausdauer. Gewiss sprechen wir mit Recht vom Ehrenamt. Aber die Ehre besteht im Dank der anderen und in der Anerkennung durch die Gesellschaft. Dann können wir auch mit Recht meinen, dass wir uns selbst verwirklichen.

### **Spannungsfeld Amt und Ehrenamt**

Die andere große Frage ist die nach dem Verhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und amtlicher Verantwortung, sei es in der Kirche, sei es in Staat oder Kommune. Eigentlich gibt es fast so etwas wie eine natürliche Aufgabenteilung zwischen ehrenamtlichem Engagement und offiziellem Handeln. Denn ersteres ist flexibler und innovativer, es ist auf die Praxis gerichtet und nicht selten auch mutiger. Darum hat es das offizielle Handeln auch immer wieder zu Neuem motiviert. Seit einiger Zeit gibt es allerdings im Staat wie in der Kirche die Neigung, sich im offiziellen Handeln auf einen sogenannten Kern zurückzuziehen und Aufgaben geradezu fordernd auf das Ehrenamt zu übertragen. Wer sich freiwillig engagiert, ist jedoch kein Lückenbüßer und kein Wasserträger. Der Einsatz für andere und für das Gemeinwohl ist vielmehr die Quelle, aus der unsere freiheitliche Gesellschaft lebt.

*Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK*

Informationen rund um die Tagung finden Sie unter:  
<http://www.wir-engagieren-uns.org>

## Pastoral in der Weite des politischen Raumes

### Weg der Kirche in die Gegenwartswelt

**Die Irritationen sind unverkennbar, wenn in kirchlichen Gemeinden, Verbänden oder auch Leitungen die Rede auf die Notwendigkeit pastoraler Erneuerung und Schwerpunktsetzung kirchlichen Lebens kommt. Ist dies ein (weiteres) Zeichen für den Rückzug von Kirche aus der (Mit-) Gestaltung des öffentlichen Raumes, für die der Begriff des Politischen steht?**

Natürlich werden die Neuakzentuierungen kirchlichen Engagements gerne unter dem Stichwort "Pastoral der Weite" diskutiert. Und natürlich signalisiert diese Option auch Aufbruch in neue Räume und zu neuen Formen kirchlichen Lebens, um (wieder) Anschluss zu finden an die reale Lebenswelt der Menschen heute. In der Tat, nur so wird Kirche Sakrament, also Zeichen und Werkzeug für die heilsame Zuwendung Gottes für wirklich alle. Dennoch ist unverkennbar, dass sich die Überlegungen zur pastoralen Erneuerung oftmals auf die Neuausrichtung von Pfarrgemeinden oder klassischer Seelsorgeformen beschränken und damit die genuin politische Dimension kirchlicher Pastoral aus den Augen verlieren.

### In die Weite der Gegenwartswelt gestellt

Damit droht kirchliches Leben hinter das Zweite Vatikanische Konzil zurückzufallen. Die Pastoralkonstitution "Gaudium et spes" entfaltet in eindrucksvoller Weise ein Verständnis kirchlicher Pastoral (!), das die katholische Kirche wieder in die Weite unserer Gegenwartswelt hinein- und dort hin zurückführt, wo sie nach dem Willen ihres Stifters hingehört: in den Alltag menschlicher Lebenswelt, und das in der ganzen Breite und Tiefe ihrer auch die sozialen und politischen Strukturen einer Gesellschaft umfassenden Wirklichkeit (GS 40ff). Deshalb das konkrete politische Engagement von Pfarrgemeinden oder kirchlicher Gemeinschaften und Verbände im Sozialraum ihres Stadtteils oder ihrer dörflichen Nachbarschaften. Deshalb die vielfältigen Einlassungen und Initiativen der Kirche zu Themen,

Projekten oder Gesetzesvorhaben politischer Art. Auch deshalb das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Die Kommunikation des Evangeliums macht nicht vor der menschenwürdigen Gestaltung des öffentlichen Raumes durch Politik plötzlich Halt. Pastoral umfasst immer auch die Pastoral in der Weite des politischen Raumes.

### Scheu vor Wind und Wetter?

Solche Pastoral eckt gelegentlich an, setzt sich aus, stößt hoffentlich an. Sie ist für ihre Akteure regelmäßig ungemütlich; deshalb die große Versuchung, sich in den Binnenraum kirchlicher Gebäude und Institutionen zurückzuziehen, darin aber auch zu veröden. Das wusste keiner besser als der 1945 ermordete Widerständler Alfred Delp SJ. Delp sah die große Gefahr, dass sich Christen immer neu ihrer Gestaltungsverantwortung für die Welt entziehen – sei es durch ihre Scheu, sich dem Wind und Wetter der Geschichte auszusetzen, sei es durch eine mindestens latente Weltverachtung: "Geschichte wird nicht mehr zum Ort des [Gottes] Reiches, sie ist beinahe von Übel. (...) Man wird irgendwie denkmüde und wegmüde, will getragen sein von Gott bis in die letzte Wirklichkeit des Denkens und Entscheidens. (...) Daß Kirche Welt ist und ihr Gesetz einstweilen das Gesetz der Wanderung und der Geschichte ist und dass das Staub und Anstrengung bedeutet, das wird nicht sehr betont. Das bedeutet aber in einer anderen Form die Auswanderung aus der Zeit. Die Erde wird gleichsam freiwillig geräumt."

### Gefangen in Selbstzufriedenheit?

Solche freiwillige Räumungen der Erde verlaufen nicht spektakulär und aufregend; sie verlaufen eher schleichend, in satter Selbstzufriedenheit, ja im Gewand bürgerlicher Wohlanständigkeit und innerkirchlicher Wohlaufgeräumtheit. Längst sind selbst äußerlich noch christentümliche Gegenden unserer Alltagswelt zum Missionsland geworden. Selbstkritisch geben sich 1941 Delps adventliche Fragen an seine Kirche: Läuft sie nicht Gefahr, "eine Kirche der Selbstgenügsamkeit zu werden, die ihre Gesetze und Büros und Verordnungen, ihre Klugheit und Taktik hat, ihren Bestand wahrt, von ihrer Vorsicht überzeugt ist? Und damit zugleich zu einer Kirche der splendid isolation zu werden, der beziehungslosen Oasenhaftigkeit"?

Und dann: "Warum haben wir dem Leben nichts zu sagen oder besser, da wir was zu sagen haben, warum sagen wir ihm nichts?" Delps Kritik an der Selbstgenügsamkeit seiner Kirche endet nicht bei jenen, die über eine Predigt- und Religionserlaubnis oder eine Pfarrer- und Prälatenbesoldung verfügen. Sie trifft alle Christen, die sich mit der Welt, wie sie ist, abgefunden oder sich in ihr gemütlich eingerichtet haben. Seine Meditation zu den Gestalten der Weihnacht von 1944 nutzt Delp zu einer harschen Kritik an den "so unerschütterlich-sicheren ‚Gläubigen‘". Auch sie dürften an der Krippe des zur Welt gekommenen Gottes fehlen. "Sie glauben an alles, an jede Zeremonie und jeden Brauch, nur nicht an den lebendigen Gott. Man muß", gibt Delp durchaus zu, "bei diesen Gedanken sehr behutsam sein, nicht aus Angst, sondern aus Ehrfurcht. Aber es stehen so viele Erinnerungen auf an Haltungen und Gebärden gegen das Leben. Im Namen Gottes? Nein, im Namen der Ruhe, des Herkommens, des Gewöhnlichen, des Bequemen, des Ungefährlichen. Eigentlich im Namen des Bürgers, der das ungeeignetste Organ des Heiligen Gottes ist."

Nur ein Mensch, der sich in steter Grenzüberschreitung und Befreiung vom Gewohnten übt, wird zu sich selber als freier Mensch kommen. "Den Rebellen", resümiert er einige Wochen später zu Epiphanie 1945 seinen Argwohn gegen jede Form bürgerlicher Wohlanständigkeit, "kann man noch zum Menschen machen, den Spießherren und das Genießchen nicht mehr."

### **Kein Lückenbüßer für Enttäuschungen**

Man mag die beißende Kritik Delps zwar seiner Zeit angemessen, heute aber für überzogen halten. Gleichwohl nimmt sie Intuitionen vorweg, die für jede katholische Ortskirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil richtungsweisend ist. "Der Gott unseres Glaubens", konstatiert etwa die Gemeinsame Synode der westdeutschen Bistümer vor gut dreißig Jahren, "ist der Grund unserer Hoffnung, nicht der Lückenbüßer für unsere Enttäuschungen." Christliche Hoffnung kann niemals "gleichgültig sein gegen das Grauen und

den Terror irdischer Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die das Antlitz des Menschen zerstören". Stattdessen fordert sie von Christen "eine gesellschaftskritische Freiheit und Verantwortung, die uns vielleicht nur deswegen so blass und unverbindlich, womöglich gar so ‚unchristlich‘ vorkommt, weil wir sie in der Geschichte unseres kirchlichen Lebens so wenig praktiziert haben."

### **Auftrag zur kontinuierlichen Umgestaltung der Welt**

Damit ist die zentrale Perspektive einer Theologie politischen Engagements eröffnet. Die biblische Aufforderung an Christen, Rechenschaft abzulegen von der Hoffnung, die in ihnen lebt (1 Petr 3, 15), bezieht das letzte Konzil an äußerst prominenter Stelle, nämlich in der dogmatischen Konstitution über das Wesen der Kirche, ausdrücklich auf die kontinuierliche Umgestaltung der "Strukturen des Weltlebens" (LG 35). Deshalb erschöpft sich die Implementierung christlicher Hoffnung gerade nicht darin, in den vorfindlichen weltlichen Gegebenheiten zu bestehen und vielleicht noch einen privaten Raum in sich gekehrter Religiosität und Frömmigkeit freizuhalten. Sie umfasst vielmehr die dauernde Umbildung der Strukturen des alltäglichen profanen Lebens.

Das unverkennbare Profil kirchlicher Pastoral ist deshalb immer ein aufbrechendes, wagendes, kreatives Weltengagement; ein Weltengagement, das sich auch in die Auseinandersetzungen des politischen Alltags verstricken lässt. Gewiss, dieses Weltengagement wird immer eine kritische Zeitgenossenschaft sein müssen, das die Welt natürlich nicht madig macht, aber doch mitunter Gegenakzente setzen hilft und gelegentlich auch auf das unerschrockene Wort prophetischer Rede nicht verzichtet. Und doch ist es eine kritische Zeitgenossenschaft, deren fortwährender Exodus nicht aus der Weite des politischen Raumes hinaus-, sondern immer neu in sie hineinführt.

*Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Theologische Ethik, Rektor der Katholischen Hochschule Berlin, Mitglied des ZdK*

## Teilhabe ermöglichen

### Das Konzept des Deutschen Caritasverbandes zur Bekämpfung von Kinderarmut

**Mehr als zwei Millionen Kinder wachsen in Deutschland in Familien auf, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft verdienen können und auf staatliche Transfers angewiesen sind. Kinderarmut muss nachhaltig bekämpft werden. Dazu gehört neben der materiellen Absicherung auch Unterstützung und Befähigung.**

Der Deutsche Caritasverband (DCV) hat in seiner Befähigungsinitiative für benachteiligte Kinder und Jugendliche in den letzten drei Jahren immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Kinder zu befähigen. Dabei hat er sich auch selbst mit seinen Einrichtungen und Diensten in die Pflicht genommen. Der DCV hat ein umfassendes Konzept zur wirksamen Bekämpfung der Kinderarmut vorgestellt. Darin fordert er eigenständige Regelsätze für Kinder, die Neugestaltung des Kinderzuschlags und befähigende Sachleistungen.

#### Eigenständige Regelsätze für Kinder

Derzeit wird der Regelsatz von Kindern willkürlich festgesetzt. Vom Regelsatz eines alleinstehenden Erwachsenen, der sich an dessen Ausgabeverhalten orientiert, wird ein prozentualer Abschlag vorgenommen. Der spezifische Bedarf von Kindern für Bildung, Spielzeug oder Kinderbetreuung wird bei diesem Verfahren nicht angemessen berücksichtigt. Die Regelsätze für Kinder müssen nach Ansicht des DCV deshalb eigenständig berechnet werden. Diese Forderung bestätigte erst jüngst am 27. Januar 2009 das Bundessozialgericht in Kassel. Es hält die Ableitung des Kinderregelsatzes aus dem Verbraucherverhalten eines Erwachsenen für verfassungswidrig. Bei der Berechnung des eigenen Kinderregelsatzes sollte nach dem Konzept des DCV das Verbraucherverhalten von Familien im unteren Einkommensbereich zum Maßstab genommen werden. Dies ist ein vollständig neuer Ansatz gegenüber dem derzeitigen Verfahren, in dem alle Regelsätze vom Verbraucherverhalten eines alleinstehenden Erwachsenen abgeleitet werden. Darüber hinaus

fordert der DCV, dass Preissteigerungen bei lebensnotwendigen Gütern jährlich in den Regelsatz einfließen. Atypischer Bedarf - wie beispielsweise für Medikamente bei starker Neurodermitis - muss wieder im Einzelfall berücksichtigt werden. Heute gibt es zwei verschiedene Kinderregelsätze: für Kinder bis 13 Jahre gibt es 211 € und für Kinder zwischen 14 bis 17 Jahre 281 €. Nach unseren Untersuchungen zeigt sich, dass diese Aufteilung der Altersgruppen nicht sachgerecht ist. Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren haben einen wesentlich höheren Bedarf, als Kinder bis zum Alter von 6 Jahren. Dieser Erkenntnis hat die Bundesregierung im Konjunkturpaket II anfanghaft Rechnung getragen, indem sie für diese Altersgruppe den Regelsatz um 35 € erhöht hat.

Der DCV hat auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes eine erste Abschätzung für eine Neubemessung des Kinderregelsatzes vorgenommen. Hierbei bildet das tatsächliche Ausgabeverhalten von Familien im unteren Einkommensbereich die Grundlage. Dabei wurde die steigende Inflation der letzten Jahre berücksichtigt. Ansonsten hat sich der DCV an die Regeln zur Bemessung gehalten, die auch die Bundesregierung anwendet. Mit einer Ausnahme: Ausgaben für Bildung gehen in den Kinderregelsatz stärker ein.

Die Untersuchung ergab, dass die heutigen Kinderregelsätze deutlich zu niedrig sind. Nach den Berechnungen des DCV müssten Kinder mindestens diese Kinderregelsätze bekommen:

- 0 bis 5-Jährige: 250 € (Regelsatzerhöhung um 39 €),
- 6- bis 13-Jährige: 265 € (Regelsatzerhöhung um 54 €),
- 14- bis 17-Jährige: 302 € (Regelsatzerhöhung um 21 €).

Häufig wird kritisiert, Eltern könnten möglicherweise eine Regelsatzerhöhung für sich und nicht für ihre Kinder verwenden. Die Erfahrungen zeigen, dass die allermeisten Eltern immer zuerst an das Wohl ihrer Kinder denken und alles für sie tun. Nur eine Minderheit von überforderten Eltern ist dazu nicht in der Lage. Diese Eltern brauchen Unterstützung, um ihre Pflichten als Eltern erfüllen zu können.

### Ausweitung des Kinderzuschlags

Nicht nur Kinder aus Familien im Arbeitslosengeld II-Bezug brauchen materielle Unterstützung. Auch Kinder, deren Eltern niedrige Einkommen beziehen, sollen nach dem Vorschlag des DCV besser gestellt werden. Derzeit erhalten diese Familien neben dem Kindergeld einen Kinderzuschlag und Wohngeld. Diese Leistungen sind im Prinzip sinnvoll. Doch verhindern sie in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht, dass Familien in verdeckter Armut leben. Eine Modifizierung des Kinderzuschlags würde verdeckte Armut lindern. Dies geht nur, wenn Familien ein echtes Wahlrecht bekommen, ob sie Arbeitslosengeld II beantragen oder ob sie den Kinderzuschlag wollen. Wichtig ist dabei eine qualifizierte Beratung der Familien durch die Behörden. Nur wenn der Familie die Unterschiede in der Höhe der beiden Leistungen bewusst sind, sind sie in der Lage, zu wählen.

Ein weiterer Konstruktionsfehler des heutigen Kinderzuschlags ist, dass er nur sehr wenige Familien wirklich erreicht. Eine Höchststeinkommensgrenze führt derzeit dazu, dass Familien knapp über dieser Grenze abrupt die Anspruchsberechtigung verlieren und dadurch mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Bei zwei Kindern können dies 140 € sein. Der DCV fordert deswegen die Abschaffung der Höchststeinkommensgrenze.

Familien, die den Kinderzuschlag erhalten, bekommen bei jedem netto hinzuverdienten Euro fünfzig Cent weniger Kinderzuschlag. Zusammen mit dem Wohngeld, das auch mit steigendem Einkommen kontinuierlich zurückgeht, bleiben von jedem hinzuverdienten Euro nur noch ca. 20 Cent. Nach unserer Meinung sollte bei Familien mit geringen Einkommen von jedem hinzuverdienten Euro ein guter Teil in der Haushaltskasse bleiben, damit es sich wirklich lohnt, mehr zu arbeiten oder sich weiter zu qualifizieren. Nach dem Vorschlag des DCV ist die Abschmelzrate beim Kinderzuschlag von derzeit 50 % auf 30 % abzusenken.

Beide Maßnahmen (der Wegfall der Höchststeinkommensgrenze und die veränderte Abschmelzrate) zusammen bewirken, dass Familien im Niedrigeinkommensbereich und bis hinein in die untere Mittelschicht mit dem Kinderzuschlag erreicht

werden. Der Kinderzuschlag könnte so zusammen mit dem Kindergeld als einkommensabhängige Kindergrundsicherung Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen außerhalb des Arbeitslosengeldes II helfen. Außerdem bleibt bei steigendem Einkommen den Familien mehr netto in der Kasse.

Der DCV hat auch abschätzen lassen, welche Mehrbelastungen der Bund zu tragen hätte, um die materielle Situation armer Familien zu verbessern. Die bereits von der Bundesregierung beschlossene Kinderregelsatzerhöhung eingerechnet, würde der Vorschlag 2,1 Milliarden Euro kosten. Natürlich ist das viel Geld, aber gemessen an anderen öffentlich finanzierten Programmen, wie dem Konjunkturpaket, sollte ein solcher Betrag zur nachhaltigen Bekämpfung der Kinderarmut politischen Konsens finden können.

### Befähigende Sachleistungen

Neben einer ausreichenden materiellen Ausstattung brauchen Kinder zusätzlich gute strukturelle Rahmenbedingungen und direkte Leistungen für ihre Entwicklung. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gefordert. Unter dem Leitwort der "befähigenden Sachleistungen" schlägt der DCV unter anderem vor: die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit in allen Bundesländern. Außerdem schlägt der DCV vor: Ein kostengünstiges Schulmittagessen für beispielsweise 1 Euro und Leistungen für Schulausflüge, Nachhilfeunterricht und kostenlose Teilnahme in Musik- und Sportvereinen sowie Kulturveranstaltungen. Es sind unterschiedliche Modelle denkbar: Gutscheine, Kostenübernahme auf Antrag oder eine "Familien-Karte". Da die Kosten für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs im bisherigen Regelsatz nicht genügend berücksichtigt sind, fordert der DCV für Kinder aus armen Familien eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs im notwendigen Umfang. Dies ist auf kommunaler Ebene zu regeln.

Wichtig ist, dass bei den armen Kindern das ankommt, was sie zu einem guten Aufwachsen brauchen. Dazu gehört wie gesagt nicht nur Essen und Kleidung, sondern Teilhabe: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe an Bildung, an Kultur und Teilhabe an den Chancen für eine gute Zukunft.

*Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Mitglied des ZdK*

## Frauen in ihrer Einzigartigkeit stärken

### Familienpolitische Eckpunkte der kfd

***Auf der Grundlage ihres neuen Leitbildes hat die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ein Eckpunktepapier zur Familienpolitik erarbeitet. Ziel ist die Wertschätzung pluraler Familienwelten und ihre Förderung durch je eigene politische und gesellschaftliche Maßnahmen.***

Mit ihrem im Juni 2008 verabschiedeten neuen Leitbild hat sich die kfd erneut verpflichtet, als politisch agierender Frauenverband die Belange von Frauen in Kirche, Gesellschaft und Politik zu vertreten. In der Folge stellte sie das 2001 veröffentlichte Positionspapier "Frauenfragen sind auch Familienfragen" auf den Prüfstand. Gleichzeitig wandte sie sich der Frage zu, ob und wie die kfd auch für jüngere Frauen ein attraktiver Frauenverband sein kann.

Die sich daraus ergebenden intensiven Diskussionen der letzten Monate wurden grundsätzlich aus der Frauenperspektive geführt. Die ethische Perspektive orientierte sich am Sozialwort der Kirchen. Es entstand das im November 2008 beschlossene Eckpunktepapier zur Familienpolitik. Es will gesellschaftspolitische Debatten anregen. Die kfd hat sich vorgenommen, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen mitzugestalten. Verbandsinternes Ziel ist dabei, Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen bei ihrer Alltagsbewältigung und ihren Entscheidungen für einen frei gewählten Lebensweg dauerhaft und nachhaltig zu unterstützen.

### **Plurale Familienwelten**

Die ZdK-Erklärung "Familienpolitik: geschlechter- und generationengerecht" und auch das kfd-Eckpunktepapier – beide im vergangenen Jahr vorgelegt – verdeutlichen die Notwendigkeit, die sich plural weiterentwickelnden Familienwelten wertzuschätzen und durch je eigene politische und gesellschaftliche Fördermaßnahmen zu unterstützen. Das kfd-Eckpunktepapier will die ZdK-Erklärung fortsetzen und stellt weitere konkrete Forderungen.

Die kfd betont in diesem Zusammenhang, dass eine ihrer Hauptaufgaben die aktive und wertschätzende Lobbyarbeit für ihre derzeitigen Mitglieder ist. Diese leben mehrheitlich in einer Alleinversorger-Ehe und haben abgeleitete Sozial- und Altersversorgungsbezüge; die Entscheidung für diese Lebensform haben sie bewusst getroffen. Gleichzeitig sieht die kfd, wenn sie den Verband zukunftsorientiert gestalten will, die Aufgabe, sich den jüngeren Frauengenerationen zuzuwenden. Das Leben dieser Frauen unterscheidet sich in existentiell wesentlichen Punkten deutlich von dem ihrer Mütter und Großmütter. Daraus ergibt sich aus Sicht der kfd die Notwendigkeit, verlässliche neue Rahmenbedingungen zu schaffen, die von Gesellschaft, Politik und Erwerbswelt einzufordern sind.

### **Geschlechtergerechtigkeit**

Wie in der ZdK-Erklärung "Rahmenbedingungen für das Gelingen stabiler Partnerschaften in Ehe und Familie verbessern" wird auch im kfd-Papier die Realisierung einer durchgehenden Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung zur Bewältigung gelingenden Familienlebens gesehen. Die Verantwortung für eine tragende Partnerschaft und ein befriedigendes Zusammenleben in Familien muss von beiden Partnern gewollt und in Handeln umgesetzt werden. Beide Erklärungen sagen deutlich, dass dazu ein tiefgreifender Wandel im Beziehungs- und Rollenverständnis besonders bei jungen Männern notwendig ist.

### **Elternzeit**

Auch familienfreundliche Zeitressourcen sind unverzichtbare Grundlage für ein befriedigendes Familienleben. Zur Stabilisierung der Lebensphase mit einem Kleinkind ist dem Wunsch vieler Eltern Rechnung zu tragen, sich länger als ein Jahr – also über die jetzige Elterngeldzeit hinaus – ganz dem Kind zu widmen. Daher plädiert die kfd dafür, den gesetzlichen Anspruch auf finanziell unterstützte Elternzeit auf 18 (12+6) Monate auszudehnen. Dabei ist dann vorrangig den jungen Vätern die Möglichkeit einzuräumen, von diesen 18 Monaten 6 für sich zu beanspruchen. Auch fordert die kfd eine fundierte Diskussion über die Einführung eines Elterngeldes II – als zeitlich erweiterten Übergang



von der jetzigen Elternzeit zurück in die Erwerbstätigkeit.

### **Kinderbetreuung**

Mit der Forderung nach familienfreundlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterstützt die kfd den Wunsch und den berechtigten Anspruch vieler junger Frauen, nach einer zeitlich begrenzten Familienphase wieder in die Erwerbsarbeit zurückkehren zu können. Quantitativ und qualitativ hochwertige Tagesbetreuung und außerhäusliche Kinderbetreuungseinrichtungen sind dabei als sich ergänzende Angebote auf- und auszubauen. Die Schaffung und Einhaltung von Qualitätskriterien sind dabei gezielt zum Wohle der Kinder anzugehen. Neben der besseren Entlohnung der in der Kinderbetreuung Tätigen fordert die kfd die Ausdifferenzierung der Bildungs- und Betreuungskonzepte nach Kleinkind- und Kindergartenalter.

### **Entgeltgleichheit**

Diese gesellschaftspolitisch notwendigen Maßnahmen greifen zu kurz, wenn sich nicht auch in erheblichem Maß die Arbeitswelt den aktuellen Fragen zuwendet und tragfähige Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gleichwertig für Frauen und Männer anbietet. Neben dem berechtigten persönlichen Wunsch vieler Frauen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ist es immer häufiger notwendig, dass beide Partner – Frau und Mann – finanziell zum Familienunterhalt beitragen. In immer mehr Familien wird die Frau zur Haupternährerin. Von daher ist aus Sicht der kfd die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit eine Grundvoraussetzung, damit geschlechtergerechtes Familienleben heute gelingen kann.

### **Beruflicher Wiedereinstieg**

Qualifizierte Wiedereinstiegsmodelle sind zu entwickeln, damit Frauen schon während ihrer aktiven Elternzeit die Chance haben, regelmäßigen Kontakt zur Arbeitswelt zu halten. Parallel sind Qualifizierungskurse zu konzipieren, in denen Frauen sowohl eine anerkannte Weiterqualifizierung in ihrem erlernten Beruf als auch eine Neuorientierung in einem anderen Berufszweig angeboten bekommen. Unerlässlich ist dabei, so berichten auch viele kfd-Frauen, dass Frauen in

einer stufig zu gestaltenden Wiedereinstiegsphase die Chance bekommen, mit professioneller Unterstützung ihr Familienleben sowohl unter Zeit- als auch Beziehungsaspekten neu zu gestalten und zu bewältigen.

### **Flexible Arbeitszeitmodelle**

Eine deutlich wachsende Zahl qualifizierter Frauen will Berufstätigkeit und Kindererziehung vereinbaren. Sie lehnen jedoch mehrheitlich eine Vollzeitstelle mit hohen Mobilitätsanforderungen ab. Stattdessen streben sie eine ihren Qualifikationen angemessene, zeitlich reduzierte Stelle mit bis zu 30 Erwerbswochenstunden an. Daher müssen, so die Forderung der kfd, deutlich mehr Teilzeitstellen geschaffen werden, die einen beruflichen Aufstieg im Betrieb ermöglichen. Flexible Erwerbsarbeitszeitmodelle werden immer notwendiger. Diese müssen sowohl den flexiblen Arbeitseinsatz von zuhause aus einschließen als auch die flexible Handhabung der Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit durch Einführung von individuell auszuhandelnden Arbeitszeitkonten.

Mit dem Eckpunktepapier macht die kfd ebenfalls deutlich, dass sie sich insbesondere als Anwältin für die Frauen sieht, die sich in Gesellschaft und Politik kein Gehör verschaffen können. Dabei hat der Verband bewusst auch die wachsende Zahl der Alleinerziehenden im Blick, die häufig aufgrund ihrer Erwerbsarbeit im Niedriglohnsektor oder durch schlecht bezahlte Teilzeitarbeit mit familienfeindlichen Arbeitszeiten ihre Wünsche nach einem gelingenden Familienleben nur erschwert realisieren können.

Die kfd wird mit diesem Eckpunktepapier gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Ungerechtigkeiten aus Frauensicht öffentlich machen. Sie wird Verbesserungen für Frauen in ihren jeweiligen Lebenssituationen fordern, Gesetzesvorhaben kommentieren und Politiker und Politikerinnen zum Handeln auffordern. Die kfd setzt so auf allen Ebenen ihr Leitbild "leidenschaftlich glauben und leben" um und realisiert den Leitbildsatz "Wir stärken Frauen in ihrer Einzigartigkeit und in ihren jeweiligen Lebenssituationen" durch aktives politisches Handeln.

*Gislinde Fischer-Köhler, kfd-Bundesverband,  
Abteilungsleiterin Politik / Gesellschaft*

## Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

### Herausforderungen durch die Finanzmarkt-Krise

***Bekanntlich liegen die Ursachen der Finanzkrise in einem Zusammenwirken von Staats- und Marktversagen. Nur ein Zusammenspiel von staatlicher und internationaler Regulierung und verantwortlichem Handeln der Marktakteure kann solche Krisen verhindern.***

Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise gehören die anhaltende Versorgung mit billigem Geld durch den Federal Reserve Board, der Widerstand der USA gegen die Einführung der strengen Eigenkapitalvorschriften von Basel II, die mangelhafte Kontrolle von Hypotheken-/Refinanzierern sowie die fehlende rechtliche und behördliche Kontrolle im gesamten Grundpfandwesen. Zum Anderen verfolgten die Marktteilnehmer - vornehmlich in den USA - eine maßlose Vergabe von Krediten an einkommensschwache Kreditnehmer und motivierten zu einem Konsum auf Kredit, so dass diese einer Verschuldung als Dauerzustand verfielen.

### Krisenverlauf

So setzte Mitte 2007 in den USA die Subprime-Krise ein. In Europa waren wirtschaftliche Unternehmen davon kaum berührt. Die Skepsis der Banken untereinander wuchs hierzulande ab Frühjahr 2008. Dennoch sprachen im Juni 2008 viele vom Anfang des Endes der Krise. Doch verschlechterte sich das Klima dramatisch. Aus einem übersteigerten Misstrauen der Banken untereinander wuchs eine erhebliche Finanz- und Liquiditätskrise. Mit dem Fall der Lehman Brothers Inc. im September wurden auch große deutsche Landesbanken in Mitleidenschaft gezogen. Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise 1929 und der deutschen Bankenkrise 1931 hielten Einzug. Mittlerweile haben diese unterschiedlichen Krisen auch die Realwirtschaft erreicht. Allerdings ist festzustellen, dass die Menschen derzeit so leben, als wäre nichts passiert. Umgekehrt klagen fast alle Bereiche der Industrie über einen starken Umsatzrückgang und beantworten diese Situation mit Entlassungen. 2009 wird das Jahr der

"schlechten Nachrichten", führt die Bundeskanzlerin derzeit häufig aus. Klar ist, dass ein Ende der Krise derzeit nicht in Sicht ist. Ich bin der Ansicht, dass im Herbst dieses Jahres möglicherweise der Tiefpunkt erreicht ist, da bis dahin alle schlechten Ergebnisse in den Bilanzen 2008 verarbeitet sind.

In dieser Ausnahmesituation hat die deutsche Politik entschlossen gehandelt, um die Märkte zu beruhigen. Mit einem nie dagewesenen Tempo wurden sehr weitreichende Maßnahmen beschlossen. Das staatliche Eingreifen sowohl für die Banken als auch neuerdings für den Wirtschaftsbereich war wichtig, um den Kreislauf der Wirtschaft weiter aufrecht zu erhalten. Unternehmen brauchen Geld, um neue Maschinen zu kaufen und Gehälter zu bezahlen. Banken sind so wichtig, weil sie zentrale Aufgaben für die Wirtschaft erfüllen. Sie wandeln Einlagen und Spargelder ihrer Kunden in Kredite um.

### Konditionen kontrollieren

Bedauerlicherweise ist der Konkurrenzkampf der Banken in Deutschland unermesslich groß. Ausländische Banken werben teilweise mit unverantwortlichen Konditionen. Leider werden diese vielfach "über den Markt" gestellten Konditionen von der Bundesbank bzw. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht hinreichend genug überprüft. Banken, die mit unverantwortlichen Konditionen locken, befinden sich mittlerweile unter dem Schutzschirm der Finanzinstitutionen, werben aber weiterhin mit Konditionen, die einer redlichen Grundlage entbehren – für die Kreditinstitute, die bislang verantwortungsvoll ihre Risikopositionen steuerten, ein auf Dauer unhaltbarer Zustand! Meines Erachtens sollte Konditionswerbung in den Medien für ein Jahr untersagt werden, um die sich verschärfende Gier der Kunden einmal auszublenden. So käme auch eine stärkere Beruhigung in die Märkte. Konditionen ohne jegliche vernünftige Gegendeckung sollten durch die Aufsichtsämter beobachtet und ggf. untersagt werden. Dieser Eingriff in die Marktwirtschaft ist für alle Institute nur von heilsamer Wirkung.

### Erträge stärken

Überhaupt ist festzustellen, dass allein die deutschen Bankbilanzen noch 300 Milliarden abzuschreibende Forderungen beinhalten; im Übrigen ist die Ertragslage der Kreditinstitute viel zu schwach. Und gerade jetzt konditionieren sich die-

se gegenseitig in die Knie. Dies allein mit den Kräften des freien Marktes abzutun, ist zu kurz gesprungen. Vielmehr sollten für einen gewissen Zeitraum Mindest-Gegendeckungsbeiträge festgelegt werden, die den Banken wieder den notwendigen Verdienst für die Aufrechterhaltung ihrer Risikotragfähigkeit bringen. Diese Mindestmarge soll auch vom Kunden selbst bei der Inanspruchnahme der Finanzdienstleistung bezahlt werden und nicht etwa vom Steuerzahler. Die Idee, alle Lasten auf den Steuerzahler in Form einer "Bad-Bank" abzuladen ist meiner Ansicht nach unhaltbar. Eine solche "Bad-Bank" reduziert die Managerverantwortung und ist nicht zielführend. Vielmehr müssen die Banken über eine gesunde Ertragsschiene wieder originär erstarken.

Als gesunder Prozess ist die klare Hinwendung der Kundschaft zu einfachen, überschaubaren Produkten zu beobachten. Das Sparbuch und der Sparbrief – längst von vielen als uncool abgestempelt – durchlaufen derzeit eine erhebliche Renaissance. Zudem steigt die Nachfrage nach ethischen Bankprodukten, da in dem krisenreichen Jahr 2008 bei diesen Produkten (Fonds, Aktien, Anleihen) eine teilweise wesentlich bessere Performance (vielfach über 10 %) erzielt wurde. Der deutliche Fingerzeig des ZdK mit Hilfe der vor einem Jahr ausgelegten Handreichung ("Ethisches Investment") kam insoweit genau zum richtigen Zeitpunkt.

### **Verantwortung von Kaufmann und Kunde**

Wichtig für die Zukunft ist in jedem Falle, sich wieder auf die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns bzw. Bankiers zu besinnen. Dabei haben die Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft drei Verantwortungsbereiche im Auge zu behalten. Das ihnen anvertraute Kapital, die ihnen anvertrauten Mitarbeiter und die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Nur in dieser Balance wird die Unternehmensverantwortung richtig wahrgenommen.

Auch der Kunde hat eine Überprüfungspflicht seiner Aktionen. Meines Erachtens sollten bereits an den Schulen Grundzüge der Wirtschaft und insbesondere auch der Bankwirtschaft, mit der jeder irgendwie in seinem Leben in Berührung kommen wird, vermittelt werden. Blindes Vertrauen auf seinen jahrelangen "treuen" Bankberater ist dabei nicht förderlich. Das bloße Feilschen um eine

Kondition ist sicherlich der falsche Weg. Der Kunde ist gefordert, auch die Struktur seines Produktes näher zu erforschen, da er nun mal die Verantwortung über seine Kapitalanlage trägt.

### **Wie wird es weitergehen?**

Dank des beherzten staatlichen Engagements für die Finanzwirtschaft und die Wirtschaft (Konjunkturpaket) sowie der begleitenden Zinssenkungen der EZB wird sich die Liquiditätskrise allmählich auflösen. Wir werden in absehbarer Zeit wieder eine geordnete Finanzwelt vorfinden, allerdings wird sich diese mit der alten Finanzwelt kaum mehr in Deckung bringen lassen. Es wird mehr Überwachungsmechanismen und härtere Kontrollen geben müssen. Insoweit wird es für die Wirtschaft schwieriger werden, Kredite aufzunehmen.

Als weitere Schritte auf dem Weg zur Veränderung halte ich folgende Maßnahmen für prüfenswert:

- Die Basel II Vorschriften sollten weltweit umgesetzt werden, denn unter den international definierten Standards von Basel II wäre eine Entwicklung wie in den vergangenen Monaten weniger wahrscheinlich gewesen.
- Die Rolle der Rating-Agenturen muss neu definiert werden in dem Sinne, dass die bisher nur freiwilligen Regelungen des "Verhaltenskodex für Rating-Agenturen" der internationalen Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden in ein verbindliches Regelwerk überführt werden.
- Offshore-Zentren, die vielfach als Schlupflöcher für Banken und Finanzgesellschaften dienten, sollten nicht mehr zugelassen werden.
- Die Bankenwelt sollte sich in Zukunft wieder mehr auf ihre traditionelle Rolle besinnen, nämlich Dienstleister für die Realwirtschaft zu sein. Was daher nicht fehlen darf, ist die Moral und die Ethik der handelnden Person. Nur in einem Klima von Habsucht, in dem Gewinn-

Maximierung die einzige Richtschnur des Handelns war, konnte der Krisenherd überhaupt erst entstehen. Insoweit lautet die Devise für Bankmanager oder –kunden: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser!

*Dr. Christoph Berndorff, Sprecher des Vorstands der Pax-Bank, Mitglied des ZdK*

## Gendiagnostikgesetz nachbessern

**Zu dem im Bundestag vorliegenden Entwurf eines Gendiagnostikgesetzes hat der Hauptausschuss des ZdK folgende Erklärung verabschiedet:**

Das ZdK begrüßt, dass die Bundesregierung den Entwurf eines Gendiagnostikgesetzes vorgelegt hat, der ausgehend von der Besonderheit genetischer Daten zum Schutz der betroffenen Menschen zahlreiche sinnvolle Regelungen vorsieht. Der Gesetzentwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er orientiert sich an der Würde, dem Persönlichkeitsschutz sowie der Selbstbestimmung der Menschen. Zugleich spricht sich das ZdK für weitere gesetzliche Verbesserungen aus, um den Schutz von behindertem und ungeborenem Leben noch besser zu gewährleisten.

Aus Sicht des ZdK ist es unverständlich und nicht vertretbar, dass genetische Untersuchungen zu Forschungszwecken vom Anwendungsbereich des Gendiagnostikgesetzes ausgeklammert werden sollen. Vielmehr muss eine genetische Untersuchungspraxis im Interesse und zum Schutz der betroffenen Menschen, vor allem auch der nicht einwilligungsfähigen Personen, besser gesetzlich abgesichert werden, wenn genetische Untersuchungen zu Forschungszwecken stattfinden. Unverständlich ist für das ZdK, dass der Gesetzentwurf fremdnützige Tests an nicht einwilligungsfähigen Menschen als Ausnahmeregelung erlaubt. Das ZdK hält dies für hochproblematisch, weil diese Tests nicht dem Wohl des direkt Betroffenen gelten und über die Gruppennützigkeit hinausgehen.

Aus Sicht des ZdK sind die Regelungsvorschläge zu vorgeburtlichen Untersuchungen im Gendiagnostikgesetz unzureichend und bedürfen einer Präzisierung und Ergänzung.

Es bedarf einer Ergänzung um ein Verbot von Gentests für so genannte spät manifestierende Erkrankungen. Dieses Verbot ist durch strafrechtliche Regelungen abzusichern. Das ZdK spricht sich dafür aus, die im Gendiagnostikgesetz für vorgeburtliche genetische Untersuchungen

vorgesehene Beratung im Schwangerschaftskonfliktgesetz zu ergänzen. Damit wird eine verbesserte ärztliche Beratung, ärztliche Hinweispflicht auf psychosoziale Beratung und Bedenkzeit nach pathologischem Befund für die Schwangere, die eine Pränataldiagnostik hat durchführen lassen, zum gesetzlichen Regelangebot mit gesetzlicher Refinanzierungspflicht.

In der Begründung heißt es u.a.:

..... Der Gesetzentwurf hält fest, dass in vorgeburtlichen genetischen Untersuchungen nur solche Eigenschaften festgestellt werden dürfen, die die Gesundheit des ungeborenen Kindes vor oder nach der Geburt beeinträchtigen können. Dabei müssen vorgeburtliche Tests auf so genannte spät manifestierende Krankheiten, also Krankheiten, die erst im Erwachsenenalter des Betroffenen auftreten können, ausgeschlossen werden. Derartige Untersuchungen verletzen das Recht des Kindes auf Nichtwissen. Zudem müssen im Gesetzentwurf wirksame Vorkehrungen getroffen werden, nach denen positive Befunde einer genetischen Diagnostik vor der Geburt keine automatische Legitimation um Schwangerschaftsabbruch nach sich ziehen.

Klar gestellt werden muss ebenfalls, dass jede Schwangere, unabhängig von der gewählten Untersuchungsart, umfassend über die Chancen, Risiken und Grenzen der pränatalen Untersuchung aufgeklärt wird. Eine Beratung vor und nach pränataler Diagnostik, in der psychosoziale Elemente unabdingbar sind, muss auch die möglichen Folgen eines positiven Befundes thematisieren. Ebenfalls ist ein früher Hinweis auf Unterstützungsangebote für das Leben mit einem behinderten Kind sinnvoll, damit die werdenden Eltern frühzeitig dafür sensibilisiert werden, dass es auch im Falle eines positiven Befundes Alternativen zu einem Schwangerschaftsabbruch gibt.

Das ZdK spricht sich zugunsten schwangerer Frauen für eine verbindliche Regelung der Beratung vor pränataler Diagnostik im Gendiagnostikgesetz aus. Es unterstreicht seine Forderung, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende tun muss, um gleichzeitig die werdende Mutter zu stärken als auch das ungeborene Kind zu schützen.